

DAS PROBLEM DER MEHRSPRACHIGKEIT AUS DER SICHT VON POLITISCHEN MANDATSTRÄGERINNEN UND MANDATSTRÄGERN

Gabriela Fuchs & Hansmartin Zimmermann (Bern)

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse einer Umfrage zur Zwei- und Mehrsprachigkeit zusammen, die Ende 1991/Anfang 1992 vom Universitären Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM)¹ durchgeführt wurde. Die Befragung richtete sich an politische MandatsträgerInnen aus den beiden zweisprachigen Kantonen Bern und Wallis.

1. Ziel und Durchführung der Umfrage

Mit der Umfrage wurden v.a. Einstellungsdaten zu Aspekten der individuellen, gesellschaftlichen und institutionellen Zweisprachigkeit erhoben. Im Vordergrund stand die subjektive Sicht der Befragten, ihre persönlichen Einstellungen und Werthaltungen. Erhoben wurden auch Daten zum sprachlichen Umfeld der Befragten sowie zu ihrem Sprachverhalten bei der Ausübung ihres politischen Mandats. Mit den politischen MandatsträgerInnen sollten Personen befragt werden, die sich bei der Ausübung ihres politischen Amtes direkt mit dem Problem der Zweisprachigkeit konfrontiert sehen.

Die zweisprachigen Kantone Bern und Wallis

Die gesellschaftliche Zweisprachigkeit (Deutsch und Französisch) in den beiden Kantonen ist eine historisch gewachsene; abgesehen von Einzelfällen gab es in der Vergangenheit - was die räumliche Verteilung der Sprachgruppen anbelangt - keine

¹ Das Forschungszentrum ist in Brig-Glis (Wallis) und in Bern angesiedelt. Es beruht auf einem Zusammenarbeitsvertrag zwischen den Kantonen Bern und Wallis. Leiter des Zentrums ist Prof. Dr. Iwar Werlen, Universität Bern.

umwälzenden Veränderungen. Die Ausnahme bilden einzelne Städte (Biel/Bienne, Sitten, Siders), in denen sich die Zusammensetzung der Sprachgruppen wesentlich änderte. Für den Kanton Bern muss die Trennung des französischsprachigen Jura von Bern im Jahre 1979 erwähnt werden ('Jurakonflikt').

Die beiden Kantone Bern (BE) und Wallis (VS) sind offiziell zweisprachig. Das Verhältnis der Sprachgruppen in den beiden Kantonen ist jedoch ein gänzlich anderes: Im Kanton Wallis ist Deutsch die Sprache der Minderheit (rund ein Drittel der Walliser Bevölkerung sind nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1980 deutscher Muttersprache), im Kanton Bern ist Deutsch die Sprache der Mehrheit (rund 90% der Berner Bevölkerung sind deutscher Muttersprache). Für beide Kantone gilt: der Kanton ist offiziell zweisprachig (institutionelle Zweisprachigkeit), seine BewohnerInnen sind grösstenteils einsprachig (individuelle Einsprachigkeit). Die beiden Sprachgruppen werden relativ klar definierten Gebieten zugewiesen.

Zur Durchführung der Umfrage

Die Umfrage wurde auf dem Korrespondenzweg durchgeführt. Es wurden insgesamt rund 700 PolitikerInnen angeschrieben: rund 400 Berner und rund 300 Walliser MandatsträgerInnen erhielten einen Fragebogen. In beiden Kantonen wurden die Mitglieder von Parlament und Regierung befragt, im Kanton Wallis wurden zusätzlich sämtliche Gemeindepräsidenten und Präfekten, im Kanton Bern eine Auswahl von Gemeindepräsidenten und alle Regierungsstatthalter angeschrieben. Rund 60% der Befragten antworteten auf die Umfrage, 65% im Kanton Bern (276 Personen) und 55% im Kanton Wallis (160 Personen). Diese ausserordentlich hohe Rücklaufquote hängt sicher damit zusammen, dass es sich bei den angeschriebenen Personen nicht um eine Zufallsauswahl handelt, sondern um AdressatInnen, die sich aufgrund ihrer Rolle als politische MandatsträgerInnen in einem gewissen Sinne verpflichtet fühlen, zu Fragen der Zwei- und Mehrsprachigkeit Stellung zu nehmen.

2. Präsentation der Ergebnisse

Soziale und sprachliche Daten der Befragten

Unter den antwortenden PolitikerInnen finden sich kaum Frauen (BE: rund 10%, VS: nicht einmal 6%). Ein Grossteil der Befragten ist um die 50 Jahre alt; so sind z.B. zwei Drittel der Berner Befragten der Altersgruppe 45-59 Jahre zuzurechnen. Über ein

Drittel der Berner Befragten und rund 40% der Walliser Befragten verfügen über eine höhere (d.h. universitäre oder vergleichbare) Ausbildung.

Nur ein kleiner Teil der Befragten ist - nach eigenen Angaben - mehrsprachig aufgewachsen (knapp 5% der antwortenden Walliser und 13,5% der antwortenden Berner PolitikerInnen). Berücksichtigt man neben ihrer früheren persönlichen Sprachsituation (mit mehreren Sprachen aufgewachsen) auch die heutige (verwendete Sprachen im engen familiären Umfeld), dann steigt die Zahl derer, die in einer zweisprachigen Umgebung leben (oder lebten) auf 8,8% im Kanton Wallis und auf 18,8% im Kanton Bern.

Obwohl nur wenige Antwortende in einer Gemeinde an der Sprachgrenze wohnen (BE: 10%, VS: rund 6%) und kaum jemand im anderssprachigen Kantonsteil arbeitet, geben doch die meisten Befragten (90%) an, dass sie persönliche Kontakte zu Anderssprachigen haben. Die Angehörigen der jeweiligen sprachlichen Minderheit (Deutschsprachige im Wallis bzw. Französischsprachige im Kanton Bern) halten sich öfter im anderssprachigen Kantonsteil auf als die VertreterInnen der sprachlichen Mehrheit.

Beurteilung der Zweisprachigkeit

Die befragten PolitikerInnen beider Kantone haben ein sehr positives Bild von der Zweisprachigkeit: die individuelle Zweisprachigkeit wird von fast allen (rund 98% der Antwortenden aus beiden Kantonen) ganz klar als Vorteil bezeichnet. Das Zusammenleben der Sprachgruppen im Kanton wird von der Mehrheit (VS: 85%, BE: 85,4%) als "gut" oder "zufriedenstellend" eingestuft². Und auch die institutionelle Zweisprachigkeit ihres Kantons beurteilen die Befragten mehrheitlich (VS: 60%, BE: 70%) als eine Bereicherung. Solange es also darum geht, weitgehend 'abstrakte' Begriffe zu beurteilen ("Wie beurteilen Sie die offizielle Zweisprachigkeit in Ihrem Kanton am ehesten?"), solange erfolgt die Beurteilung der Zweisprachigkeit sehr positiv. Die Antworten auf konkretere Fragestellungen verweisen jedoch durchaus auf ein Konfliktpotential.

Sprachliche Minderheit - sprachliche Mehrheit

Bereits bei oben beschriebenen Einschätzungsfragen zur Beurteilung der Zweisprachigkeit beginnt sich die Tendenz abzuzeichnen, dass die Angehörigen der jeweiligen sprachlichen Minderheit vielfach 'empfindlicher' reagieren und eine negativere Einstufung

² Ausdrücke in doppelten Anführungszeichen beziehen sich auf im Fragebogen enthaltene Kategorien oder Fragestellungen.

wählen. Diese Tendenz zeigt sich signifikant in den Ergebnissen beider Kantone. Ein paar Beispiele aus dem Kanton Wallis mögen dies illustrieren:

- Die deutschsprachigen Walliser MandatsträgerInnen stufen als Angehörige der kantonalen Sprachminderheit das Zusammenleben der deutsch- und französischsprachigen Bevölkerung insgesamt weniger gut ein als die französischsprachigen PolitikerInnen.
- Die deutschsprachigen Befragten beurteilen die gesetzlichen Grundlagen des Kantons im Hinblick auf Sprachenfragen insgesamt weniger gut als die sprachliche Mehrheit.
- Die Angehörigen der sprachlichen Minderheit sind ganz klar der Meinung, dass sich die Sprachgrenze in den letzten Jahren zugunsten der Mehrheit verschoben hat.
- Die sprachliche Minderheit sieht sich auf Kantonsebene (in Legislative, Exekutive, Rechtsprechung, Verwaltung) jeweils stärker untervertreten.

Geht es hingegen darum, Fragen zu beantworten, die sich auf die schweizerische Mehrsprachigkeit beziehen, reagieren nunmehr die französischsprachigen Walliser PolitikerInnen (auf nationaler Ebene zur sprachlichen Minderheit gehörend) 'empfindlicher':

- Die Französischsprachigen beurteilen das Zusammenleben der Sprachgruppen in der Schweiz als weniger gut.
- Sie beurteilen die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene im Hinblick auf Sprachenfragen schlechter als die Deutschsprachigen.
- Sie glauben sich in der Bundesverwaltung ganz klar untervertreten.

Dasselbe Antwortverhalten lässt sich auch im Kanton Bern feststellen. Auch hier tendiert die sprachliche Minderheit (Französischsprachige) bei verschiedenen Einschätzungsfragen jeweils zu einer schlechteren Beurteilung. V.a. in bezug auf Fragen von nationaler Reichweite reagieren die Französischsprachigen negativer.

Es ist augenfällig und scheint für die VertreterInnen der sprachlichen Minderheiten typisch zu sein, bei Einschätzungsfragen (mit Bezug auf die Sprachenfrage) jeweils negativer zu reagieren. Dieses Verhalten lässt sich auch dann beobachten, wenn eine Mehrheit auf der kantonalen Ebene zu einer Minderheit auf nationaler Ebene wird und nunmehr auf Fragen mit Bezug auf die gesamtschweizerische Sprachsituation 'empfindlicher' reagiert.

Diese grössere 'Empfindlichkeit' der Minderheit zeigt sich auch, wenn es darum geht, die Vertretung der eigenen Sprachgruppe auf Kantonsebene einzuschätzen ("Wie sind die beiden Sprachgruppen D/F - entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung - auf Kantonsebene in Legislative, Exekutive, Rechtsprechung und Verwaltung vertreten?"). Die Ergebnisse zeigen ein ähnliches Verhalten der Minderheiten in beiden Kantonen: die VertreterInnen der Minderheit glauben sich z.T. sehr stark untervertreten, v.a. in der Verwaltung. Die VertreterInnen der sprachlichen Mehrheit im Kanton Wallis reagieren auf die Einschätzungsfragen empfindlicher als die Berner Mehrheit. So sehen sich die französischsprachigen Walliser PolitikerInnen in der kantonalen Verwaltung *mehrheitlich*

untervertreten. Die Deutschberner PolitikerInnen sind viel eher bereit, von einer Übervertretung ihrerseits zu sprechen.

Hier macht sich wohl die unterschiedliche zahlenmässige Verteilung der Sprachgruppen in den beiden Kantonen bemerkbar: Im Kanton Wallis steht einer zwar eindeutigen französischsprachigen Mehrheit von zwei Dritteln eine doch beachtliche Minderheit gegenüber. Im Kanton Bern fällt die Minderheit mit einem Anteil von 8,5% viel weniger ins Gewicht. Diese Ergebnisse zeigen aber auch, dass in Bereichen, wo die zahlenmässige Verteilung geregelt ist (Proporz bei der Wahl ins Parlament), am ehesten von einem ausgewogenen Verhältnis die Rede ist. Im allgemeinen glauben sich die Sprachgruppen (mit Ausnahme der Deutschberner) am ehesten in der kantonalen Verwaltung unterrepräsentiert. Zur Vertretung der Sprachgruppen in diesem Bereich liegen kaum statistische Angaben vor. Es bleibt dementsprechend viel Raum für Spekulationen. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass das *Wissen* um eine angemessene Verteilung und die *gefühlsmässige Einschätzung*, angemessen vertreten zu sein, keineswegs dasselbe sind.

Kulturelle Identität

Unterschiede im Antwortverhalten zwischen Minderheit und Mehrheit lassen sich auch beobachten, wenn man die Frage nach dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Region bzw. einem bestimmten Sprachgebiet stellt. Die VertreterInnen beider Sprachgruppen aus dem Kanton Bern fühlen sich in erster Linie ganz klar als "SchweizerInnen". Ähnlich wie im Wallis wird auch der kantonalen Zugehörigkeit grosses Gewicht eingeräumt, jedoch - und hier liegt der *grosse Unterschied* zu den Ergebnissen aus dem Kanton Wallis - fast ausschliesslich von den Deutschberner PolitikerInnen. Die Französischsprachigen fühlen sich eher als "SüdjurassierInnen" denn als "BernerInnen". Eine vergleichbare Affinität von beiden Sprachgruppen zu ihrem Kanton - wie im Wallis - lässt sich im Kanton Bern nicht erkennen.

Was sich hingegen für beide Kantone feststellen lässt: Weder die DeutschwalliserInnen noch die DeutschbernerInnen können mit der Identität "DeutschschweizerInnen" etwas anfangen. Diese Nennung wird denn auch kaum einmal gewählt. Für die WalliserInnen mag dies nicht erstaunen, zählen sie doch alle Deutschsprachigen *ausserhalb des Wallis* zu den "DeutschschweizerInnen".

Die VertreterInnen der sprachlichen Minderheiten fühlen sich verstärkt ihrer Sprachgemeinschaft zugehörig. Wie sich die Oberwalliser Befragten sehr häufig als "OberwalliserInnen" und damit als sprachliche Minderheit fühlen (und sich damit gegenüber der sprachlichen Mehrheit abgrenzen oder sich zumindest von dieser zu unterscheiden

wünschen), fühlen sich auch die französischsprachigen Befragten verstärkt als Angehörige der "Romandie", d.h. als Angehörige einer nationalen Sprachminderheit.

Erschwerende Faktoren im Verhältnis der beiden Sprachgruppen

Welche Faktoren können nach Ansicht der Befragten PolitikerInnen das Verhältnis zwischen dem deutsch- und französischsprachigen Kantonsteil am ehesten erschweren? Nimmt man das Gesamt der Antworten aus den beiden Kantonen, dann schwingen zwei Faktoren obenaus: Erstens können "mangelhafte Sprachkenntnisse auf beiden Seiten" nach Ansicht der Befragten das sprachliche Zusammenleben erschweren (insgesamt machen 73% der Antwortenden aus beiden Kantonen diese Angabe), zweitens wird "der Gebrauch des Dialekts bei den Deutschsprachigen" als ein erschwerender Faktor angesehen (62% der Antwortenden aus beiden Kantonen). Die deutschsprachigen PolitikerInnen *beider* Kantone räumen den Sprachkenntnissen als Erschwernis jeweils ein (signifikant) höheres Gewicht ein.

In erster Linie werden hier also Faktoren angeführt, die die sprachliche Verständigung selbst betreffen. Dass auch weniger offensichtliche Gründe (z.B. wirtschaftliches Ungleichgewicht u.ä.) das Verhältnis zwischen den beiden Sprachgruppen belasten können, wird von vergleichsweise wenigen Befragten in Erwägung gezogen.

Fremdsprachenkenntnisse

Fremdsprachenkenntnisse sind auch nach Ansicht der befragten Walliser und Berner PolitikerInnen von grösster Wichtigkeit. Von allen Antwortenden hat in der Tat niemand ihren hohen Stellenwert angezweifelt (oder anzuzweifeln gewagt!).

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung interessant, dass die meisten Befragten Kenntnisse der anderen Landessprache für die Ausübung ihres politischen Mandats als sehr wichtig erachten. So sind im Kanton Wallis fast drei Viertel der befragten PolitikerInnen (sowohl der Minderheit als auch der Mehrheit) der Ansicht, dass Kenntnisse der zweiten Landessprache für die Mandatsausübung unerlässlich sind. Von den Berner PolitikerInnen bezeichnen aber nur knapp die Hälfte der Deutschsprachigen (sprachliche Mehrheit) Französischkenntnisse als notwendige Voraussetzung. Dagegen halten 80% der VertreterInnen der Minderheit Deutschkenntnisse für unerlässlich. Für beide Kantone lässt sich feststellen, dass PolitikerInnen, die auf Kantonsebene tätig sind, (und somit direkt mit anderssprachigen PolitikerInnen in Kontakt treten), eher von der absoluten Notwendigkeit von Kenntnissen der anderen Kantonsprache überzeugt sind.

Nach einer Selbsteinschätzung geben die befragten PolitikerInnen aus beiden Kantonen zu rund 90% an, über Fremdsprachenkenntnisse zu verfügen. An erster Stelle rangiert dabei das Französische (93,8% der DeutschbernerInnen, über 90% der DeutschwalliserInnen) bzw. das Deutsche (70% der französischsprachigen BernerInnen, 80% der UnterwalliserInnen). 30% der französischsprachigen BernerInnen geben zudem an, über Kenntnisse des Schweizerdeutschen zu verfügen (gegenüber nur 3% der französischsprachigen WalliserInnen). Nach Französisch bzw. Deutsch ist Englisch die zweitwichtigste Fremdsprache (50% der Walliser und 64,8% der Berner PolitikerInnen verfügen über Englischkenntnisse).

Im allgemeinen lässt sich festhalten, dass die französischsprachigen PolitikerInnen gemäss dieser Selbsteinschätzung eher weniger Fremdsprachen sprechen und diese erst noch schlechter beherrschen. Trotz vorhandener Fremdsprachenkenntnisse verwenden die PolitikerInnen in ihrem Kantonsparlament vorwiegend ihre Muttersprache. (In den Parlamenten beider Kantone gibt es eine Simultanübersetzung.)

Beginn des Fremdsprachenunterrichts

In den beiden zweisprachigen Kantonen ist der Fremdsprachenunterricht in der anderen Kantonssprache ein obligatorisches Schulfach. Im Wallis beginnt der Unterricht in der zweiten Landessprache (Deutsch im Unterwallis, Französisch im Oberwallis) in den öffentlichen Schulen im vierten Schuljahr, also im Alter von durchschnittlich zehn Jahren. Noch vor wenigen Jahren wurde im Kanton Wallis die erste Fremdsprache ein Jahr früher eingeführt. Der Beginn des Fremdsprachenunterrichts hat also eine Verschiebung nach 'hinten' erfahren.

Die PolitikerInnen wurden nach dem idealen Zeitpunkt für den Beginn des Fremdsprachenunterrichts befragt. Viele sprachen sich dafür aus, dass dieser früher, also vor dem effektiven Beginn des Fremdsprachenunterrichts an den öffentlichen Schulen, anzusetzen wäre. 44% der Walliser MandatsträgerInnen (60% der französischsprachigen und nur 28,3% der deutschsprachigen) bezeichneten einen Zeitpunkt *vor* dem dritten oder vierten Schuljahr als angemessen. Über die Hälfte der Deutschsprachigen erklärt sich dagegen mit dem Beginn im dritten oder vierten Schuljahr einverstanden. 22,1% der Französischsprachigen und 9,9% der Deutschsprachigen erachten das Vorschulalter als ideal. Diese Meinungsäusserungen zeigen, dass die Rückverlegung des Fremdsprachenbeginns - wie sie in den letzten Jahren im Wallis vorgenommen wurde - in Frage gestellt wird, zumindest von frankophoner Seite.

Im Kanton Bern beginnt der Unterricht in der zweiten Landessprache in den Volksschulen zu verschiedenen Zeitpunkten: In den französischsprachigen Schulen wird

Deutsch von der vierten Klasse an unterrichtet, in den deutschsprachigen Schulen beginnt der Französischunterricht hingegen erst im fünften Schuljahr. Rund 70% der deutschsprachigen PolitikerInnen beurteilen - der herrschenden Praxis widersprechend - einen Zeitpunkt *vor* dem fünften oder sechsten Schuljahr als ideal für den Fremdsprachenbeginn. 55% der befragten französischsprachigen PolitikerInnen befürworten einen Beginn vor dem dritten oder vierten Schuljahr. Rund ein Viertel erklärt sich mit einem Beginn im dritten oder vierten Schuljahr zufrieden. Wie im Kanton Wallis stehen die französischsprachigen BernerInnen gesamthaft einem früheren Beginn des Fremdsprachenunterrichts offener gegenüber als die Deutschsprachigen. Der Grossteil der Befragten könnte sich also durchaus mit einer Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts einverstanden erklären.

Die Diglossie-Situation in der deutschen Schweiz

In der deutschen Schweiz spricht man im Alltag Dialekt. Das Standarddeutsche wird von den meisten DeutschschweizerInnen nur in den schriftlichen Modalitäten verwendet (daher die Bezeichnung *Schriftdeutsch*). Nach Ansicht von 61,2% der Befragten aus dem Kanton Bern und 64,6% aus dem Kanton Wallis ist die Dialektverwendung bei den Deutschsprachigen einer der Faktoren, die das Zusammenleben der Sprachgruppen beeinträchtigen können.

Der Gebrauch der Mundart hat in der Deutschschweiz in den letzten Jahren generell zugenommen, derjenige der gesprochenen Standardsprache entsprechend abgenommen. Die breitere Verwendung der Dialekte kann vermehrt Kommunikationsschwierigkeiten verursachen. Die sog. 'Dialektwelle' beurteilen die deutschsprachigen PolitikerInnen beider Kantone relativ ähnlich: 60% sehen diese Entwicklung als "positiv" oder "eher positiv" an. Dagegen sind sich die französischsprachigen PolitikerInnen in ihrer Beurteilung überhaupt nicht einig. Als "negativ" oder "eher negativ" bezeichnen 80% der französischsprachigen WalliserInnen und 40% der französischsprachigen BernerInnen die 'Dialektwelle' in der Deutschschweiz.

Unterschiedlich ist auch die Einstellung zum Dialekterwerb durch Anderssprachige. Die Walliser PolitikerInnen sind mehrheitlich (65,2% der deutschsprachigen, 72,6% der französischsprachigen) der Meinung, es sei nicht sinnvoll, dass Anderssprachige einen Deutschschweizer Dialekt erlernen. Dieser Meinung schliessen sich die deutschsprachigen Berner PolitikerInnen zum grossen Teil an. Dagegen findet eine *Mehrheit* (60%) der französischsprachigen Berner PolitikerInnen dies durchaus sinnvoll.

Hier bliebe noch anzufügen, dass die deutschsprachigen Berner PolitikerInnen im Parlament nach eigenen Angaben zumeist Dialekt sprechen, und auch für Äusserungen in parlamentarischen Kommissionen verwendet noch rund die Hälfte der deutschsprachigen

Befragten das Schweizerdeutsche. Vorstösse, welche die Hochsprache im Parlament durchsetzen wollen, werden zwar regelmässig lanciert, scheitern aber ebenso regelmässig. Deutschsprachige Walliser PolitikerInnen sprechen dagegen im Parlament nie Dialekt, sondern - wenn sie nicht die französische Sprache verwenden - immer Hochdeutsch. Auch in parlamentarischen Kommissionen wird nie Dialekt gesprochen.

PolitikerInnen und politische Massnahmen

Die PolitikerInnen wurden danach gefragt, wie man das Zusammenleben zwischen verschiedensprachigen Gruppen im Kanton (einerseits zwischen Deutsch- und Französischsprachigen, andererseits zwischen Einheimischen und AusländerInnen) gestalten könnte. Zum Zusammenleben zwischen Deutsch- und Französischsprachigen wussten 55% der Berner und 60% der Walliser PolitikerInnen Anregungen zu unterbreiten. Diese waren mehrheitlich sehr allgemein gehalten und zeigten kaum neue Perspektiven auf. Meist wurde vorgeschlagen, den Fremdsprachenunterricht zu verbessern, Austauschprogramme und Sprachaufenthalte zu fördern, vermehrte Kontaktmöglichkeiten anzubieten usw. Konkrete politische Massnahmen wurden indes kaum vorgeschlagen. Es drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die PolitikerInnen von der Wirksamkeit politischer Massnahmen mit Vorschriftencharakter wenig überzeugt sind und vielmehr einzelne gezielte Förderungsmassnahmen im sprachlichen Bereich bevorzugen würden.

Frägt man die PolitikerInnen, ob sie im Rahmen ihrer eigenen Amtstätigkeit konkrete Massnahmen getroffen haben, um das Zusammenleben zwischen den verschiedenen Sprachgruppen zu verbessern, antworten nur gerade 18% der Walliser und 25% der Berner Befragten bejahend. Es handelt sich dabei jedoch in den seltensten Fällen um politische Massnahmen (wie z.B. parlamentarische Vorstösse), sondern vielmehr um 'symbolische' Gesten gegenüber Anderssprachigen, die durchaus zu einer Verbesserung des Verhältnisses beitragen können. Folgende Punkte wurden dabei angeführt: Verbesserung der eigenen Fremdsprachenkenntnisse, Bemühungen nach vermehrtem Kontakt mit Anderssprachigen, Beschaffung von Informationen über den anderssprachigen Kantonsteil, Ferien im anderssprachigen Kantonsgebiet, vermehrte Anstrengungen zum häufigeren Gebrauch der anderen offiziellen Kantonssprache usw. Sehr oft ist von anderen Gesten des 'Goodwill' die Rede, welche in der Regel von keiner Instanz vorgeschrieben oder verlangt werden (z.B. Anstellung von zweisprachigen Personen, Einrichtung von zweisprachigen Verbandssekretariaten, Aufbau einer Partnerschaft zu einer anderssprachigen Stadt usw.).

Der vorliegende Beitrag sollte einen Einblick gewähren in eine vom Universitären Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM) durchgeführte Umfrage unter politischen MandatsträgerInnen zur offiziellen Zweisprachigkeit in ihren Kantonen (Bern und Wallis). Viele Ergebnisse konnten in diesem Rahmen nur kurz, andere überhaupt nicht präsentiert werden. Eine umfassende Darstellung der Umfrage, ihrer Konzeption und Ergebnisse bieten die vom UFM herausgegebenen Berichte, die getrennt nach Kantonen und jeweils in deutscher und französischer Sprache vorliegen (s.u.).

- Zweisprachigkeit im Kanton Bern. Eine Umfrage unter politischen MandatsträgerInnen des Kantons Bern. Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM), Bern / Brig 1992.

- Le bilinguisme dans le canton de Berne. Une enquête auprès des politiciens bernois. Centre universitaire de recherche sur le plurilinguisme (CURP), Berne / Brigue 1992.

- Zweisprachigkeit im Kanton Wallis. Eine Umfrage unter politischen MandatsträgerInnen des Kantons Wallis. Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM), Brig / Bern 1992.

- Le bilinguisme dans le canton du Valais. Une enquête auprès des politiciens valaisans. Centre universitaire de recherche sur le plurilinguisme (CURP), Brigue / Berne 1992.